

Zukunftsfähige Städte sichern das Gemeinwesen



Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann

Am Übergang in das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind die Medienberichte über Städte – auch in Mitteleuropa – vermehrt kritisch und wenig hoffnungsreich. Es leitet das Motto: „Schlechte Nachrichten bringen Aufmerksamkeit“. Ohne Zweifel erfordern die in wichtigen kommunalen Themenfeldern zu erwartenden Entwicklungen dringendes Handeln:

- demografische Veränderungen mit dem exponentiell wachsenden Anteil älterer – teilweise pflegebedürftiger – Menschen,
- eine eher zu- als abnehmende soziale Spaltung in den Städten mit Menschen in Armut, Langzeitarbeitslosigkeit, ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung, mit Unterstützungsbedarf –, darunter vor allem Kinder,
- eine nur beschränkt erfolgreiche Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund – nahezu unabhängig von der Zugehörigkeit zur jeweiligen Zuzugsgeneration,
- steigende, zum Teil aber auch unklare Rahmenbedingungen und Anforderungen an Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung durch die Städte,
- hohe Schuldenstände und dramatisch steigende Kassenkredite vieler Städte – vor dem Hintergrund der Debatten mit unsicherem Ausgang über die strukturelle und damit mittel- und langfristig tragfähige Finanzausstattung der Städte und Gemeinden,
- verstärkte Anforderungen an Erhalt, Erneuerung, Aus- und Umbau technischer und sozialer Infrastrukturen.

Diese Berichterstattung überlagert sich mit der fast unversöhnlich erscheinenden Debatte über Informations-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse im Zuge der Vorbereitung und Durchsetzung von Infrastruktur-Großprojekten wie „Stuttgart 21“ oder den „Abflugrouten Flughafen Berlin-Brandenburg“.

Eine mögliche Krise der Legitimation politischer Entscheidungen und der bisher bewährten rechtsstaatlichen Instrumente für die Vorbereitung und Umsetzung von Projekten im allgemeinen „öffentlichen Interesse“ ist nicht ausgeschlossen. Dies gilt für alltägliche kommunale Projekte, insbesondere aber für Großprojekte, deren Nutzen sich vor allem auch überregional, national oder sogar inter-

national ausprägt – wie Fernverkehrsstraßen –, deren Lasten wie Lärm oder Folgekosten sich aber überwiegend lokal auswirken.

Unsicherheit über die Zukunft – fehlende Würdigung des Geleisteten

Die Bevorzugung „konfliktbehafteter“ Themen in der Medienberichterstattung ist auch durch die Unsicherheit über die Zukunft hinsichtlich der individuellen Situation begründet: die der eigenen sozialen Gruppe sowie der unseres gesamten Gemeinwesens. Hinzu kommen Zeitbezüge und -perspektiven, die sich für das jeweilige Lebensalter und die jeweiligen Lebenserfahrungen, vor allem für die zukunftsbezogenen Werthaltungen oder die individuellen Zukunftsperspektiven – z. B. mit oder ohne Kinder/Enkeln – deutlich unterscheiden können.

Die „Suche nach Besserem“ ist nicht nur menschliche, d. h. individuelle, sondern auch soziale und gesellschaftliche Handlungsleitlinie. Dabei geht aber oft die reflektierende Würdigung des Erreichten verloren: in Deutschland unter anderem der Wiederaufbau, die Versorgung mit Wohnungen und Infrastruktur nach dem Zweiten Weltkrieg, der Abbau sozialer Schranken, die ökonomischen, sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Leistungen im Zuge und in der Nachfolge der Wiedervereinigung. Gerade die Städte mit ihren Menschen, Unternehmen und Institutionen – damit die Zivilgesellschaft – haben unter sich wandelnden Aufgaben und Krisenphänomenen („Solidarpakt“, „Weltwirtschaftskrise“) immer wieder Enormes geleistet.

Rolle der Städte für die Zukunft

Gerade vor dem Hintergrund des bisher Geleisteten stellt sich die Frage, ob und warum die Städte für die Zukunft unseres politischen, staatlichen, gesellschaftlichen und sozialen Systems von so zentraler Bedeutung sind. Städte sind seit jeher Kristallisationskerne der wirtschaftlichen Entwicklungen, der (Aus)Bildung, der Forschung, Entwicklung und Innovationen, aber auch der Ausgestaltung der Bürgerfreiheit und der jeweiligen Ausprägungen der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft, der partnerschaftlichen, solidarischen und demokratischen Organisation von Politik und öffentlicher Verwaltung, der öffentlichen Fürsorge und Daseinsvorsorge (z.B. Krankenpflege, Betreuung, Ordnung, Sicherheit).

Menschen erleben ab ihrem ersten Lebenstag das soziale und politische Gemeinwesen in ihrer Wohnung, ihrem Wohnumfeld, ihrer Stadt, ihrer Region. Sie lernen durch verschiedene Nutzungsformen, aktive Gestaltung, soziale Kontakte und Organisation ihr Umfeld gezielt und verantwortlich mitzugestalten. Das Erleben der baulichen und natürlichen, der sozialen und gesellschaftlichen Umwelt prägt ihre Wahrnehmungsmuster, Erwartungshaltungen, Werthaltungen und Präferenzen. Die Erfahrungen prägen Handlungsweisen. Dieses Erleben ermöglicht aber auch die Selbstkonstitution des Individuums in der Auseinandersetzung mit seiner facettenreichen Umwelt.

Demgegenüber prägen Bund und Länder wesentlich weniger unmittelbar die individuelle Alltagswelt. Die Außen-, Verteidigungs-, Forschungs-, Wirtschafts- und Innenpolitik setzen zwar Rahmenbedingungen, die das gesamtstaatliche System prägen und im Alltag individuelle situationsbezogene Auswirkungen haben können: Wehrpflicht, Förderung bei Arbeitslosigkeit, Innere Sicherheit, Schul- und Hochschulorganisation. Sehr viel unmittelbarer spüren die Bürger jedoch die Auswirkungen durch Städtebau-/Stadtentwicklungs-, Raumordnungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Sozialpolitik des Bundes und der Länder. Sie beeinflussen durch Gesetze, Finanzmittel, Institutionen, Ablauf- und Beteiligungsregelungen den Alltag des Handelns – insbesondere von Städten und Gemeinden als verfassungsrechtlich garantierte Institutionen (Art. 28 Abs. 2 GG) und von Menschen in Städten und Gemeinden.

Finanz- und haushaltswirksame Rahmenseetzungen müssten laut Konnexitätsprinzip bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen vom Bund oder den Ländern auf die Städte und Gemeinden finanziell für die Städte ausgeglichen werden. Dazu weisen die Landesverfassungen, aber (noch) nicht das Grundgesetz, bindende Festlegungen auf.

Ohne Bürgermitwirkung ist kein Staat zu machen

Die Bürger erleben das Gemeinwesen, damit auch das Staatswesen und die Gesellschaft unmittelbar in ihren Städten und Gemeinden, sie gestalten dort konkret das örtliche Gemeinwesen und seine baulichen und infrastrukturellen, institutionellen und organisatorischen Ausprägungen mit.

Stadtregionen, Städte und Stadtteile eröffnen den Menschen wie auch den Unternehmen und Organisationen „Optionen“ für die Gestaltung des Lebensalltags oder schränken diese bewusst ein. Sie bieten Chancen,

Schutz, Für- und Vorsorge. Sie organisieren Raum- und Infrastrukturen unter Anforderungen der sozialen Teilhabe, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie des Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutzes. In Städten wird das Gemeinwesen – trotz aller rechtlichen Rahmenseetzungen und finanziellen Probleme – noch relativ selbst bestimmt ausgestaltet durch kommunales Steuer- und Hebesatzrecht, durch Prioritätenseetzungen, durch Formen der Kommunikation und Beteiligung. Städte eröffnen Chancen, setzen aber auch Anforderungen für zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivitäten, für die Aktivierung und Beteiligung des Einzelnen.

Städte ermöglichen das Zusammenleben von Individuum und Gesellschaft, von politischem System, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Die Positiveinschätzungen der Chancen und Optionen durch die Menschen, die individuellen Wertschätzungen drücken sich in der „Renaissance der Städte“ aus. Da stimmen Menschen und Unternehmen „mit den Füßen ab“, indem Städte wieder als Wohnstandorte, als hochwertige Unternehmensstandorte, als Einzelhandels- und Kultur-/Freizeitstandorte bevorzugt werden.

Macht unsere Städte jetzt zukunftsfähig – zur Sicherung des Gemeinwesens

Für die Zukunft unseres gesamtstaatlichen Gemeinwesens ist es entscheidend, wie die Menschen, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Unternehmen, Institutionen, die Städte, die Stadtregionen und ihre Stadtteile erleben. Insofern kommt den Gestaltungsmöglichkeiten der Städte und den dazu grundlegenden – und vor allem Handlungsspielräume eröffnenden (z.B. stadspezifische Ausgestaltung von „freiwilligen Aufgaben“) – Finanzausstattungen eine besondere Bedeutung zu. Nur dort kann „Heimat“ – geografisch, sozial, politisch, emotional – entstehen und Einsatz bzw. Engagement gefördert werden, wo sich Bürger „aufgehoben“, „unterstützt“, „ernstgenommen“ und partnerschaftlich integriert sehen. Das sind trotz aller globalen Kontakte und Bezüge der Menschen und Unternehmen die Städte als kommunale Gemeinwesen. Dort engagieren sich die Bürger im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Die Forderung muss in Anlehnung an die Städtetagsresolution „Rettet unsere Städte jetzt“ von 1971 heute heißen: „Macht unsere Städte jetzt zukunftsfähig – zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens“. Dabei muss der Beteiligung der Zivilgesellschaft an politisch zu verantwortenden Entscheidungen durch demokratisch legitimierte Gremien eine besondere Bedeutung zukommen.

Tipps zum Weiterlesen:

- Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen. Erarbeitet von Oberbürgermeistern im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“, Oktober 2010; www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf
- Berliner Resolution der deutschen Städte zur kommunalen Finanzlage. 18.11.2010; www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2010/16.pdf
- der städtetag. Titelthema Bürgerbeteiligung, Heft 6/2010.
- Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien. Edition Difu, 4, 2008
- Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung. Edition Difu, 2008

Das Difu bot und bietet weiterhin Seminare zum Thema Bürgermitwirkung:

- „Kooperation statt Konfrontation“: <http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-11-24/kooperation-statt-konfrontation-erfahrungs-erfolge-und.html>
- „Die Geister, die ich rief“: <http://www.difu.de/veranstaltungen/2011-11-10/die-geister-die-ich-rief-stadtentwicklung-als.html>

Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: beckmann@difu.de